

wie die Statistik, die die große Politik verknüpft mit dem sozialhistorischen Detail und korrekte Sachlichkeit mit einem sicheren und gerechten moralischen Urteil verbindet.

*Martin Kutz, Hamburg*

Zäsuren nach 1945. Essays zur Periodisierung der deutschen Nachkriegsgeschichte, hrsg. von Martin Broszat (= Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Bd. 61), Oldenbourg Verlag, München 1990, 200 S., kart., 28 DM.

Der vorliegende Sammelband ging aus einem Kolloquium im Institut für Zeitgeschichte im Juni 1989 hervor. Den dortigen Vorträgen wurden für die Publikation weitere sieben Beiträge an die Seite gestellt. Erkenntnisleitend ist für alle Essays die Frage nach Zäsuren und Brüchen in der – wie es im Vorwort heißt – »auf den ersten Blick so kontinuierlich erscheinenden Geschichte der Bundesrepublik«. Wenn auch nicht als solche geplant, versteht sich der Band doch – da nach dem November 1989 veröffentlicht – als erste »vorläufige Bilanz« der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. In seiner Einleitung betont der Herausgeber die Probleme bei der Suche nach Zäsuren in einer Zeit, die durch ihre Nähe zum Betrachter gekennzeichnet ist. Kategorien der Periodisierung – »Fortschritt«, »Modernisierung« – bedürfen der Kenntnis längerfristiger Wirkungen von Ereignissen. Deshalb sollte es auch weniger um die Feststellung fester Zäsuren als um die »Frage nach besonders wichtigen und spannenden Teilgeschichten und Entscheidungsprozessen innerhalb des Gesamtverlaufs« gehen. Dreizehn Autoren nähern sich dieser Frage von unterschiedlichen Themenschwerpunkten.

Hans-Peter Schwarz sieht in seinem Beitrag »Segmentäre Zäsuren. 1949–1989: eine Außenpolitik der gleitenden Übergänge« die Geschichte der Bundesrepublik selbst als eine »tiefe Zäsur« in der neueren deutschen und europäischen Geschichte; im Vergleich zur ersten Jahrhunderthälfte sei eine Zeit der Stabilität angebrochen. Die sich seitdem vollziehenden Modifikationen und leichten Umakzentuierungen bezeichnet der Autor als »segmentäre Zäsuren«, einige dieser Einschnitte werden kurz skizziert.

Auch Hans Günter Hockerts betont in seinem der Sozialpolitik gewidmeten Beitrag (»Metamorphosen des Wohlfahrtsstaates«) einerseits den langen Trend, andererseits die größte Expansion des Wohlfahrtsstaates in der deutschen Geschichte. In den von ihm skizzierten unterschiedlichen Entwicklungsphasen hält er die Rentenreform für das »spektakulärste Projekt«.

Knut Borchardt (»Zäsuren in der wirtschaftlichen Entwicklung. Zwei, drei oder vier Perioden?«) hebt zunächst den tiefen Einschnitt der Währungsreform hervor. Ob darüber hinaus zwei, drei oder vier Perioden festzumachen seien, erscheint dem Autor nahezu beliebig – es seien jeweils gute Gründe benennbar. Die Jahre 1966/67 stellten unbestreitbar einen Einschnitt dar. Dafür sprechen der erstmalige Rückgang des Geburtenüberschusses oder der Anfang einer neuen Zielen verpflichteten Finanzpolitik. Nahe liege auch eine Zäsur im Jahr des Ölshocks 1973: Erstmals öffentliche Infragestellung des Wirtschaftswachstums als höchstes Ziel der Wirtschaftspolitik, Anwerbestopp für ausländische Arbeitnehmer und Einführung flexibler Wechselkurse. Ganz anders gelagerte Faktoren, nämlich der Godesberger Parteitag der SPD, der Mauerbau oder die förmliche Feststellung der Konvertibilität der D-Mark ließen aber ebenso den Wechsel von den 50er zu den 60er Jahren als durchaus plausiblen Einschnitt auch für die Wirtschaftspolitik erscheinen. Daß Borchardts Essay – bereichert mit auch für den wirtschaftshistorischen Laien leicht verständlichen Graphiken – mehr konstatierend als hinterfragend ist, liegt in der Anlage des Sammelbandes begründet. Er macht gleichwohl Lust, den vielen Anregungen des Autors intensiver nachzugehen.

Gleiches gilt für Arnold Sywotteks Aufsatz zu »Konsum, Mobilität, Freizeit. Tendenzen gesellschaftlichen Wandels.« Sywottek beschreibt darin Veränderungen im Alltagsleben, auf den ersten Blick wenig spektakulär, aber mit weitreichenden Folgen für die Betroffenen, die in ihrer Bedeutung oft noch gar nicht erfaßt sind. So habe beispielsweise die Zunahme elektrischer Geräte im Haushalt Ende der 50er Jahre zunächst wohl vordergründig die Hausarbeit erleichtert, darüber hinaus jedoch auch Einfluß auf die Gestaltung des Familienlebens, auf die Konsumgüterproduktion und vieles mehr gehabt. Zwar untersucht der Autor nur einige wenige Segmente des Alltagslebens, dennoch wird deutlich, daß es *die* einschneidende Zäsur in diesem Lebensbereich gar nicht geben kann. Denn – und das betont auch Helmut Becker in seinem Beitrag über »Bildung und Bildungspolitik. Über den Sickereffekt von Reformen« – die Geschichte, insbesondere die Alltagsgeschichte, stellt sich unterschiedlichen Betrachtern auch immer unterschiedlich dar. Solche differenzierten Erfahrungswelten voraussetzend, verweist Sywottek ideenreich auf verschiedene Dimensionen sozialgeschichtlicher Forschungsdesiderate.

Um Verfassung und Verwaltung geht es im Beitrag Thomas Ellweins. Fehlenden Brüchen oder Zäsuren in der Verfassungsentwicklung stehe ein großer Wandel in der Verwaltung gegenüber, vor allem auf den Gebieten der Gemeindeverwaltung, Gebietsreform und »Funktionsreform«. Doch aufschlußreich heißt es dann: »Allerdings tun sich inzwischen auch Zweifel auf, ob das alles nicht nur im Vergleich mit den früheren Bildern von straffer und bürokratisch strenger Verwaltung anders geworden ist, ob es also nicht auch früher in Wahrheit eine weitaus flexiblere und örtlich angepaßte Verwaltung gegeben habe. Träfe das zu und würde damit der übliche historische Vergleich nicht zutreffen, müßte das Anlaß sein, über das Verhältnis von Norm und Wirklichkeit auch in Verwaltungsdingen neu nachzudenken. Ein Überdenken der deutschen Staatstheorie wäre gefordert.« Dies scheint in der Tat angebracht!

Auch die Aufarbeitung der Rechtsgeschichte der Bundesrepublik steht noch aus, wie der Beitrag Dieter Simons über »Zäsuren im Rechtsdenken« deutlich macht. Hier gilt es Lücken zu schließen, um den zweifellos für die Geschichte der Bundesrepublik sehr bedeutenden Aspekt der Rechtsentwicklung – ihre Theorie und Methodik – angemessen berücksichtigen zu können. Eindeutige Zäsuren im Bild des »akzeptierten Parteienstaats« scheinen einem weiteren Autor des Bandes, Alf Mintzel, nicht auszumachen zu sein. Das Gleichberechtigungsgebot des Grundgesetzes ist für Ute Fevert Ausgangspunkt für die Frage nach den »frauenhistorischen« Zäsuren in der Geschichte der Bundesrepublik. Auch wenn Fevert einige für die Frauen positive Entwicklungen konstatieren kann – festzumachen u. a. an Gesetzesänderungen wie der Aufhebung des »Stichentscheids« –, scheint ihr insgesamt die Entwicklung nach vierzig Jahren immer noch ein ernüchterndes Bild zu bieten: Wenn die »Frauenfrage« nicht als »Männer- und Frauenfrage« verstanden werde, bleibe die Gefahr, daß man sich weiter auf der in den fünfziger Jahren betretenen Einbahnstraße fortbewege.

Im Bereich der Lebensdeutungen beschäftigt sich Hans Maier mit »Kirche, Religion und Kultur.« Er konstatiert den verstärkten Rückzug des Religiösen aus dem gesellschaftlichen Leben und geht der Frage nach, was das Glauben schwierig macht. Brüche und Zäsuren in der Politik der Kirchen untersucht er leider nicht. Sehr knapp fallen die Ausführungen von Joachim Kaiser zu »Phasenverschiebungen und Einschnitte[n] in der kulturellen Entwicklung« aus. Deutlich wird, daß gerade die Kulturgeschichtsschreibung der Bundesrepublik noch ziemlich am Anfang steht.

Einen Teilbereich der kulturellen Entwicklung, die 60er Jahre, nimmt Hermann Rudolph in seinem Beitrag »Mehr Stagnation und Revolte. Zur politischen Kultur der sechziger Jahre« ins Visier. Vehement wendet er sich gegen die Stilisierung der Studentenbewegung als die entscheidende Zäsur jener Jahre: »Die Bundesrepublik der sechziger Jahre war bereits wach und in Bewegung, als die Studenten begannen, den Aufstand zu proben.« Dem

»politisch-moralischen Überschuß«, den Rudolph den 60er Jahren zumißt, nachzuspüren, wäre sicherlich ein interessantes Unterfangen. Schließlich der Aufsatz von Hermann Graml. In »Die verdrängte Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus« versucht der Autor die These zu widerlegen, die Deutschen hätten ihre nationalsozialistische Vergangenheit von Anfang an verdrängt. Seine Argumentation entbehrt allerdings der Überzeugungskraft und trägt wenig zur Erhellung der Frage nach Zäsuren in der Nachkriegszeit bei.

Insgesamt bietet dieser Sammelband vielerlei Anregungen, sich unter den unterschiedlichsten Fragestellungen mit der bundesrepublikanischen Geschichte zu beschäftigen. Festzustellen ist bei allen Beiträgen eine deutliche Modifizierung der Bewertung der fünfziger und sechziger Jahre. Die Lektüre der Aufsätze belegt eine historiographische Binsenweisheit: erst die zeitliche Distanz ermöglicht den geschärften Blick für die nachwirkenden Eigentümlichkeiten einer Epoche.

*Christiane Toyka-Seid, Tübingen*

Hans-Jürgen Schröder (Hrsg.), Die deutsche Frage als internationales Problem (= Veröffentlichungen des Studienkreises internationale Beziehungen, Bd. 2), Franz Steiner Verlag, Stuttgart 1990, 144 S., kart., 38 DM.

Das politische Buch in welthistorischen Umbruchzeiten zeichnet sich dadurch aus, daß es meist bei Erscheinen durch die Entwicklung überholt ist. Dies liegt gewiß nicht am Autor, sondern an der Schnelligkeit der politischen Entwicklung. Deutschlandpolitische Beiträge, die vor dem 9. November 1989 verfaßt wurden, aber erst danach erschienen, können zwar interessant sein, sind jedoch von den Prämissen und von der Fragestellung her so »historisch«, daß sie fast schon in den Bereich der Wissenschaftsgeschichte fallen. Dies gilt auch für das hier anzuzeigende Buch, das der Gießener Historiker Hans-Jürgen Schröder herausgegeben hat. Vieles, was an der deutschen Frage vor 1989 spekulativ sein mußte, ist seitdem einvernehmlich beantwortet.

Die sehr unterschiedlichen Autoren, Politologen, Ökonomen, Historiker und Völkerrechtler spiegeln den Dreifach-Konsens wider, den es vor dem Um- und Aufbruch in der DDR gab. Man meinte, es bleibe bei den beiden deutschen Staaten. Es gehe daher um die Verbesserung der deutsch-deutschen Beziehungen. Eine wie auch immer geartete Wiedervereinigung sei ausgeschlossen. Bei den damals gegebenen politischen Prämissen wirkte jede andere Auffassung »deplaziert«. Inzwischen, nachdem das Unerwartete eingetreten ist, wirken Beiträge mit dem eben skizzierten Konsens deplaziert. Von hohem Informationswert bleiben die Studien von Immanuel Geiss über die deutsche Frage im internationalen System, die Ausführungen von Michael Bothe über »Deutschland als Rechtsproblem« und der Aufsatz von Helga Haftendorn über die Rolle der Bundesrepublik Deutschland im Atlantischen Bündnis. Michael Bothes Postskriptum steht stellvertretend für die anderen Beiträge: »Die vorstehenden Ausführungen betreffen also eine abgeschlossene Epoche« (S. 69). Der einzige Beitrag, der über den Tag hinaus aktuelle Bedeutung hat, ist der von Helga Haftendorn. Wobei allerdings auch hier Fragen gestellt werden müssen, die mit der nicht vorhergesehenen Entwicklung zu tun haben. Gilt das von ihr beschriebene »Sicherheitsdilemma« der Bundesrepublik noch, das Schutz vor einer militärischen Bedrohung durch Bindung an die Verteidigungsgarantie der USA impliziert? Vielleicht hätte man die Beiträge im Lichte der neuen Ereignisse noch einmal überarbeiten müssen.

*Wilhelm Bruns †, Bonn*